

Berlin und der neue Osten

Denkanstöße einer ostpolitischen Diskussion

Jochen Franzke

Ein Jahr ist vergangen, seit im September 2005 die Zeitschrift *WeltTrends* meine Thesen zur Notwendigkeit einer neuen deutschen (und europäischen) Ostpolitik publizierte. Der Zeitpunkt für diese Debatte war gut gewählt. 13 Wissenschaftler und Außenpolitikexperten aus Deutschland, Österreich, Polen, Finnland und Tschechien haben schließlich daran mitgewirkt. Die Sichtweisen der Politik bringen drei ostpolitisch ausgewiesene Abgeordnete des Deutschen Bundestages ein.¹

Auch diese Debatte wird mit der hohen Dynamik internationaler Entwicklungen in unserer Zeit konfrontiert – auch und gerade im Verhältnis Deutschlands zum europäischen Osten und umgekehrt. Außenpolitische Konzepte wandeln sich allerdings weniger rasch. Im vergangenen Jahr hatten vor allem drei Entwicklungen Einfluss auf die deutsche Ostpolitik: der Übergang zur neuen schwarz-roten Bundesregierung, die neue politische Führung in Warschau mit deutlich gewandelten europa- und deutschlandpolitischen Ansätzen sowie die andauernde „Denkpause“ in der Europäischen Union durch den blockierten Verfassungsvertrag.

Dieser Beitrag kann und will keine Zusammenfassung unserer anregenden Debatte sein, sondern lediglich der subjektive Versuch des Initiators, wenigstens auf einige der Anregungen bzw. Kritiken der anderen Teilnehmer an der Debatte zu reagieren. Diesen gilt an dieser Stelle nochmals mein herzlicher Dank.

Zum Begriff der Ostpolitik

Der Begriff der Ostpolitik ist in unserer Debatte in zweifacher Hinsicht thematisiert worden. Einerseits verweisen vor allem Kollegen aus den neuen EU-Mitgliedsländern kritisch darauf, dass ihre Länder – wie *Vladimir Handl* hervorhob – nicht mehr „Objekt der Ostpolitik, sondern der deutschen Europapolitik (sind). 95% der bilateralen Agenda der tschechisch-deutschen Konsultationen der Außenministerien sind heute EU-Themen.“ *Zbigniew Mazur* pflichtet ihm bezüglich Polens bei. Über die EU-Ost- bzw. Nach-

¹ Die Debattenbeiträge, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich im Streitplatz des Heftes 50 sowie im Schwerpunkt dieses Heftes.

barschaftspolitik – so *Vladimir Handl* – sind die neuen Mitgliedsstaaten nunmehr auch Akteure der entsprechenden EU-Politiken.

Andererseits wird der von mir auf Mittel- und Osteuropa² beschränkte räumliche Bezug kritisiert. *Dieter Segert* fordert, eine neue Ostpolitik müsse „auch eine starke, auf die Stabilisierung *Südosteuropas* gerichtete Komponente aufweisen“. *Angelica Schwall-Düren* bezieht sogar Zentralasien mit ein.

Offenbar besteht bezüglich des Begriffs der Ostpolitik weiterer Klärungsbedarf. Ich neige nach unserer Debatte dazu, mich den Vorstellungen von *Iris Kempe* vom CAP anzuschließen, die vom „Übergang von der europäischen Nachbarschaftspolitik zu einer neuen Ostpolitik“³ spricht. Ostpolitik wäre demnach die EU-Politik gegenüber den nicht (oder noch nicht) zur Union gehörenden Staaten Osteuropas, die zur „Stabilisierung des Raumes durch Demokratisierung und Europäisierung“ führen soll. Diese Politik sollte ausgerichtet sein auf die Beziehungen zur Ukraine, zu Belarus, zur Republik Moldau, zu den kaukasischen Staaten und nicht zuletzt zu Russland. Eine so verstandene „Ostpolitik“ würde die Spezifik dieses Raums widerspiegeln, dessen fehlerhafte Einordnung in die EU-Nachbarschaftspolitik korrigieren und zugleich Tendenzen entgegentreten, die EU-Politik in eine Nachbarschaftspolitik gegenüber dem „neuen Zwischeneuropa“⁴ und Russland aufzuspalten.

Deutsche Ostpolitik würde – auf den gleichen Raum ausgerichtet – als nationalstaatliche Politik, wenn auch europäisch eingebettet, stärker der klassischen Interessenpolitik folgen. Wie „gerade(zu) komplementär“ diese Politik zur EU-Politik ist, darauf hat *Ulrich Best* hingewiesen.

Theoretisch bleibt diese Konstruktion dennoch unbefriedigend, da wichtige politische Raumzusammenhänge verloren gehen (z.B. das Verhältnis Deutschland-Polen-Russland).⁵ Nach allen Erfahrungen braucht ein Raum

² Einschließlich der Staaten des Kaukasus.

³ Iris Kempe: From a European Neighborhood Policy toward a New *Ostpolitik* – The Potential Impact of German Policy, CAP-aktuell 3/2006, Mai 2006; <http://www.cap.lmu.de/download/2006/CAP-Policy-Analysis-2006-03.pdf>. Siehe auch Dies.: Eine neue Ostpolitik, CAP-Analyse 2/2006, Mai, S. 4; <http://www.cap.lmu.de/download/2006/CAP-Analyse-2006-02.pdf>

⁴ Diesem „neuen Zwischeneuropa“ gehören – je nach Sichtweise – die Ukraine, Moldawien und Belarus bzw. Georgien, Armenien und Aserbaidschan an.

⁵ Ein alternativer Begriff von Ostpolitik, wenn dieser als mehrdimensionale Politik Deutschlands im östlich von ihm gelegenen Raum verstanden wird? Eine solche Vorstellung würde dann sowohl die Kooperation mit jenen Partnern umfassen, mit denen Deutschland in der EU und (der NATO) multilateral institutionell verflochten ist, als auch mit jenen Staaten, für die dies nicht oder noch nicht zutrifft.

– in diesem Falle jener östlich von Deutschland gelegene europäische Raum – eine kohärente außenpolitische Gesamt-Strategie, die dann in viele Bilateralismen aufgeht. Eine solche ist nach wie vor nicht vorhanden, die EU-Ostpolitik wäre auch kein Ersatz dafür. Daher gibt es weiteren Diskussionsbedarf.

Bilanz der rot-grünen Ostpolitik

Erwartungsgemäß fällt die Einschätzung der rot-grünen Außenpolitik unter Kanzler Schröder und Außenminister Fischer in unserer Debatte kontrovers aus. Dies spiegelt durchaus auch den Stand der allgemeinen wissenschaftlichen Debatte wider, die sich ja noch am Anfang befindet.⁶ *Alexander Rahr* gelangt in unserer Diskussion zu einer äußerst positiven Bewertung der Russlandpolitik von Kanzler Schröder, die er als „mutig und richtig“ bezeichnet. Ähnlich sieht dies *Heinz Timmermann*. *Angelica Schwall-Düren* hebt nochmals hervor, mit „welchem Engagement sich die Regierung Schröder für die Belange von Deutschlands östlichen Nachbarn eingesetzt hat“. Deutlich kritischer hingegen *Sabina Wölkner* und *Markus Löning/Ole Diehl*.

Meine Ausgangsthesen waren deutlich kritisch mit der rot-grünen Ostpolitik umgegangen. Neue Argumente, die mich zu einer Korrektur dieser Auffassungen bewegen könnten, sind in unserer Debatte nicht aufgetaucht. Ich habe also in dieser Hinsicht nichts zurückzunehmen.

Auf zwei Aspekte rot-grüner Ostpolitik möchte ich dennoch noch einmal zurückkommen: auf die Kritik an der Russlandpolitik von Kanzler Schröder und den Vorwurf der Achsenbildung Berlin-Paris-Moskau. *Heinz Timmermann* hat ausdrücklich die positiven Folgen der „stillen Diplomatie“ unter Kanzler Schröder in Osteuropa hervorgehoben. Dies hatte ich bereits in meinen Thesen anerkannt. Um es nochmals deutlich festzuhalten: Das Problem war nicht des Kanzlers geheimes Wirken hinter den Kulissen, sondern dessen öffentliches Auftreten. Seine Art und Weise des öffentlichen Umgangs mit dem russischen Präsidenten und dessen Politik war höchst unsensibel, geschichtsvergessen und den deutschen Interessen abträglich. Dies hat Deutschland unter den russischen Demokraten und vor allem in Mitteleuropa viel Vertrauen gekostet. *Beata Wilga* schrieb dazu: „Schröders Begegnungen mit Putin erinnerten in Polen an die schlimmsten Momente der nationalen Geschichte, in denen ein Bündnis zwischen Russland und Deutschland auf Polens Kosten geschlossen wurde.“

Was den von mir erhobenen Vorwurf der faktischen Bildung einer Achse Berlin-Paris-Moskau betrifft, so blieb diese Einschätzung in unserer De-

⁶ Siehe auch die Beiträge im Forum in diesem Heft.

batte umstritten. *Vladimir Handl* brachte eine Formulierung ein, die ich für sehr gelungen halte: „Schröders unreflektierte Anlehnung an Russland (und Frankreich) war eher ein Ausweg aus einer schwierigen Lage, als eine gut überdachte strategische Entscheidung eines ‚*rising-stars*‘ der internationalen Beziehungen. Schröder glaubte, keine andere Wahl zu haben, als eine neue ‚*coalition of the unwilling*‘ zu bilden.“

Ansätze der schwarz-roten Ostpolitik

In unsere Debatte fällt der Regierungswechsel in Berlin, von Rot-Grün zu Schwarz-Rot. Die SPD bleibt Regierungspartei und stellt erstmals seit 1969 wieder den Außenminister.⁷ Unter diesen Umständen waren weder ein ostpolitisches „Weiter so“ noch ein ostpolitischer Neuanfang durchzusetzen. Wie immer in solchen Situationen wurden erst einmal Formel-Kompromisse gefunden.

Im ersten konzeptionellen Dokument der neuen Regierung, dem Koalitionsvertrag vom 11.11.2006, finden sich durchaus ostpolitische Signale.⁸ Er enthält das Versprechen einer verstärkten Hinwendung Deutschlands zu den neuen EU-Mitgliedstaaten. Vor allem an Polen wurden deutliche Signale einer engeren Kooperation ausgesandt.⁹ Das Land wurde als außenpolitischer Partner Deutschlands verbal aufgewertet – indem es in einer Reihe mit Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Russland genannt wurde.¹⁰ Im Koalitionsvertrag bekennen sich die neuen Regierungsparteien dazu, der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und den neuen EU-Mitgliedstaaten „neue Qualität und Intensität“¹¹ zu geben. Kooperationsformen wie das zuletzt wenig beachtete Weimarer Dreieck sollen weiter intensiviert werden. Auch das ausdrückliche Bekenntnis zur (trans-)

⁷ Der letzte – und bislang einzige – sozialdemokratische Außenminister war Willy Brandt in der Großen Koalition von Dezember 1966 bis Oktober 1969. Bundeskanzler Schmidt amtierte als Außenminister kurz vor dem Ende seiner Regierung vom 17.9.1982 bis 1.10.1982.

⁸ Koalitionsvertrag zwischen der CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005, S. 125-134 (Im Folgenden zitiert nach der elektronischen Fassung auf der Homepage der Bundesregierung; <http://www.bundesregierung.de/Anlage920135/Koalitionsvertrag.pdf>).

⁹ Was nicht heißt, dass der Koalitionsvertrag nicht auch potenziellen Sprengstoff für die Beziehungen Deutschlands zu diesen Staaten enthält. Dies betraf vor allem das deutsche Festhalten an den Übergangsfristen bei der Freizügigkeit für polnische Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt und hinsichtlich des Schengen-Vertrages sowie sein Eintreten gegen einen „unfairen“ Steuerwettbewerb in der EU.

¹⁰ Großbritannien wird zum Beispiel nicht ausdrücklich erwähnt.

¹¹ Koalitionsvertrag 2005, S. 126f.

atlantischen Partnerschaft und zur NATO war geeignet, die künftige Zusammenarbeit mit Polen und den anderen neuen EU-Mitgliedsstaaten zu erleichtern. Schließlich sollen laut Koalitionsvertrag die „Beziehungen zu Russland so gestaltet (werden), dass sie unsere gemeinsamen Nachbarn im Geiste der Freundschaft und des Vertrauens einbinden“.¹² Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass – wie *Klaus Bachmann* schreibt – der Antritt der Regierung Merkel in Polen mit großen Hoffnungen verfolgt worden ist.

Gleichzeitig hält der Koalitionsvertrag ausdrücklich am Ziel einer strategischen Partnerschaft mit Russland fest, welches allerdings stärker als unter Rot-Grün konditioniert wird. Die gewundenen Formulierungen dieses Abschnitts des Koalitionsvertrages zeigen deutlich dessen Kompromisscharakter.¹³ Bezüglich der Ukraine bietet der Koalitionsvertrag keine Beitrittsoption, sondern nur das Angebot eines „Platzes in Europa“.¹⁴

In ihrer praktischen Ostpolitik bemühte sich die Kanzlerin anfänglich, deutliche Signale eines Wandels auszusenden. Um nur das Beispiel Russland zu erwähnen: Während ihrer Moskau-Reise im Januar 2006 brachte sie kritische Punkte wie den Tschetschenienkonflikt, Demokratiedefizite sowie Einschränkungen für Bürger- und Menschenrechtsorganisationen relativ offen zur Sprache. Sie empfing demonstrativ Vertreter der Zivilgesellschaft zu einer Aussprache.¹⁵ Doch bereits bei ihren nächsten Russlandbesuch während des G8-Gipfels im Juli 2006 sah dies deutlich anders aus. Außenminister Steinmeier hingegen hatte von Anfang an die Kontinuität deutscher Russlandpolitik hervorgehoben.

Eine konstruktiv-kritische Neuaufzentuierung der Berliner Russlandpolitik hat es somit nicht gegeben. Lediglich der Stil veränderte sich. Offenbar haben sich die realpolitischen Zwänge durchgesetzt. Daher ist *Heinz Timmermann* zuzustimmen, wenn er von einer „grundsätzliche(n) Kontinuität partnerschaftlicher Beziehungen“ zwischen Deutschland und Russland ausgeht. Die Große Koalition führt faktisch zu einer Bündelung der auf Russland fixierten Akteure aus allen politischen Lagern und aus der deutschen Wirtschaft. *Heinz Timmermann* unterstreicht „die vielfachen, weit stärker als bei Rot-Grün ausgeprägten Querverbindungen und interessengeleiteten

¹² Ebenda, S. 134.

¹³ Noch in ihrem Wahlprogramm hatte die Union von einer „prinzipienlosen Russlandpolitik“ der rot-grünen Regierung gesprochen. (Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum – Arbeit – Sicherheit. Regierungsprogramm 2005-2009, Berlin 2005, S. 37)

¹⁴ Koalitionsvertrag 2005, S. 134.

¹⁵ Heinz Timmermann hat zu Recht darauf verwiesen, dass dies auch schon vom rot-grünen Außenminister Fischer praktiziert worden war, von Kanzler Schröder jedoch stets vermieden worden sei.

Interaktionen zwischen dem konservativen Lager und der stark russland-bezogenen Wirtschafts- und Finanzwelt“. Außenminister Steinmeier steht für die sozialdemokratischen Akteure, die die unter Rot-Grün entwickelten Beziehungen zu Russland weiter ausbauen wollen. Er steht also für mehr Kontinuität als die Kanzlerin.¹⁶

Seither ist es still um die deutsche Ostpolitik geworden. In der enttäuschenden Regierungserklärung der Kanzlerin Merkel vom 11. Mai 2006 zur Europapolitik findet sich auch dazu kein Wort. Wir werden auf die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 vertröstet. Offenbar muss erst der gordische Knoten um den EU-Verfassungsvertrag zerschlagen werden, ehe man sich einzelnen europäischen Politikfeldern – wie der Ostpolitik – wieder konzeptionell zuwenden kann.

Ostpolitik „von unten“

Frank Möller hat mir vorgeworfen, meine Thesen seien zu „staats- und elitenlastig“. Dies war so nicht beabsichtigt, aber das geschriebene Wort ist bekanntlich verräterisch. Vielmehr bedürfte es – so *Frank Möller* weiter – einer Ostpolitik „von unten“, einer Außenpolitik „auf zwischengesellschaftlicher, nachbarschaftlicher oder interkultureller Ebene“ (Ekkehard Krippendorf). Dies ist völlig unstrittig und auch in unserer Diskussion mehrheitsfähig. *Vladimir Handl* hält eine neue Politik gegenüber Russland für nötig, „die auf Demokratieverständnis und -förderung beruht – und zwar nicht in einem *top-down*-Prozess, sondern auch durch Einbindung der Zivilgesellschaften ... Die Ökonomisierung der gegenseitigen Beziehungen beraubt das Verhältnis der politischen Inhalte.“

Dieter Segert ist zuzustimmen, wenn er darauf verweist, dass die bestehenden zivilgesellschaftlichen Netzwerke zwischen den Deutschen und den Polen, Tschechen bzw. Russen „eine stabilisierende, Konflikt mindernde Rolle in den Beziehungen zwischen Staaten spielen können“. *Gesine Schwan* spricht sogar von einem „Sicherheitsnetz“, „das Verschärfungen von Interessenkonflikten, die in Europa immer mehr zum Alltag gehören werden, auffangen kann“.

Einen wichtigen Vorschlag unterbreitet in diesem Zusammenhang *Sabina Wölkner*, die ohnehin mehr konkrete ostpolitische Vorschläge einfordert. Zur Förderung der Demokratie sollten die EU-Grenzen für russländische, belarussische und ukrainische Bürger geöffnet werden. Eine liberalisierte Visa-Politik gegenüber Belarus und der Ukraine sei nötig. Hier liegt mög-

¹⁶ Schon bei seinem Besuch im Dezember 2005 in Moskau betonte er: „Die strategische Partnerschaft mit Russland bleibt nicht nur bestehen, sondern sie wird sogar ausgebaut.“ (FAZ, 4. Dezember 2005)

licherweise ein Schlüssel für eine „neue“ Ostpolitik. *Klaus Bachmann* verweist auf einen wichtigen Zusammenhang: „Je zivilgesellschaftlicher, ‚staatsbürgerlicher‘ und je weniger staatszentristisch diese Politik ist, desto weniger Widerstand wird sie in Russland selbst hervorrufen.“

Russland – ostpolitisches Schlüsselland?

Die Einschätzung des Charakters des russländischen Staatswesens unter Präsident Putin ist in unserer Debatte erwartungsgemäß unterschiedlich. *Heinz Timmermann* hält es für offen, ob es sich bei dem von Putin beschrittenen Weg um einen „traditionellen russischen Sonderweg handelt oder um einen letztlich auf europäische Werte bezogenen Umweg“. *Christian Wipperfürth* bezweifelt offenbar den autoritären Charakter der Politik des russischen Präsidenten und sieht in dessen Politik lediglich die „Stabilisierung eines zerrütteten Staatswesens“. Einige andere Diskussionsteilnehmer unterstützen hingegen meine Einschätzung, dass wir es – ohne Wenn und Aber – mit einem autoritären Regime zu tun haben. *Sabina Wölkner* spricht von einem „autoritär-bürokratischen System mit Apparatschik-Kapitalismus“.

Meines Erachtens ist eine zutreffende Einschätzung des Charakters des russischen Staates kein Selbstzweck oder wissenschaftliche Spielerei. Sie dient vielmehr dazu, die bestehenden Voraussetzungen für die weitere Zusammenarbeit mit Russland zu definieren. Denn Russland bleibt in jedem Fall in seiner Doppelrolle als EU-Anrainer und *Global Player* ein ostpolitisches Schlüsselland. Mit einem sich in Richtung Demokratie entwickelnden Land kann und muss aber anders zusammengearbeitet werden als mit einem autoritären Staatswesen. Zumal autoritäre Staaten – insbesondere wenn sie so einflussreich sind wie Russland – immer versuchen, den autoritären Bazillus nach außen zu tragen. *Sabina Wölkner* spricht in diesem Zusammenhang zutreffend von einer „simulierte(n) Partnerschaft mit dem Westen (als) Teil der Macht erhaltenden Technologie des Regimes“. Diese entsprechende Lehre der Geschichte scheint vielfach in Vergessenheit geraten zu sein. *Ulrich Best* verweist auf die „Aufteilung der Energiesektoren der osteuropäischen Länder zwischen westeuropäischen Konzernen und *Gazprom*“. Was in Marktwirtschaften Usus ist, kann unter diesen Umständen äußerst problematisch werden.

Zur weiteren Strategie gegenüber Russland sind in unserer Diskussion zwei Ansätze erkennbar. Einer plädiert für mehr Distanz zum autoritären Russland unter Putin, um – wie *Katrin Böttger* schreibt – „Deutschland unabhängiger vom eigentlichen Unsicherheitsfaktor Russland zu machen“. *Alexander Rahr* geht hingegen davon aus, dass „die heute auf eine reine Wertegemeinschaft orientierte EU-Partnerschaft zu Russland ... einer pragmatischeren Interessenpartnerschaft weichen (wird)“. *Christian Wipperfürth*

tritt dafür ein, dass Deutschland und die EU „Rechtsstaatlichkeit und Pluralität aber nicht *einfordern*, sondern als *Angebot* formulieren“ sollten. Genau da liegt aber das Problem. Über den Charakter ihres Staatswesens müssen die Russen selbstverständlich selbst entscheiden. Die EU als Wertegemeinschaft demokratischer Staaten ist jedoch der Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechten verpflichtet, weil alle von ihr verkörperten Freiheiten sonst nicht funktionieren. Eine strategische Gemeinschaft mit einem autoritären Staat ist unter diesen Umständen nicht realisierbar.

Die Politik der EU gegenüber Russland steht vor wichtigen Weichenstellungen. Ende 2007 wird das entsprechende Rahmenabkommen auslaufen. Bis dahin gilt es, die seit der Unterzeichnung des bilateralen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens im Jahre 1997 vergangene Zeit kritisch zu bilanzieren. Eine wichtige Rolle könnte dabei das am 10. Mai 2005 verabschiedete Konzept der vier *Gemeinsamen Räume* spielen. Auf dieser Grundlage ist die EU (unter der gegenwärtigen finnischen und der anschließenden deutschen Ratspräsidentschaft) gefordert, ihre Politik gegenüber Russland zu modifizieren (und auch die bisherige Nachbarschaftspolitik zu ergänzen).¹⁷

Ein verbreitetes Missverständnis beschreibt *Christian Wipperfürth* mit dem Begriff der „antirussische(n) Politik“, die nicht im Interesse Deutschlands und Europas liege. Schon immer versuchten autoritäre Herrscher, Kritik an ihrer Politik als gegen das eigene Land und seine Menschen gerichtet zu verkaufen. Darum geht es aber gar nicht. Es geht um die Entscheidung, in welcher Form Deutschland und die erweiterte EU mit Russland in den nächsten Jahren zusammenarbeiten sollen. Das besondere Interesse Deutschlands in diesem Prozess ist sicher nicht strittig. Allerdings kann dies nicht die Rolle eines Vermittlers sein.

Die Zukunft des „neuen Zwischeneuropa“

Zu den konzeptionell spannendsten Fragen gehört die Zukunft der „geopolitischen Zwischenzone“ zwischen der EU und Russland. Hier sind wichtige Fragen offen.

¹⁷ Verschiedene mögliche Szenarien beschreibt die Forschungsgruppe Politik der Bertelsmannstiftung: „Denkbar ist, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen trotz der geänderten Rahmenbedingungen beizubehalten, Änderungen und Ergänzungen einzufügen, ein neues Abkommen auszuarbeiten, ganz auf die vertragliche Regelung zu verzichten oder die Assoziierung Russlands in die EU anzustreben.“ (Pressemitteilung CAP, 1. Juni 2006; <http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2006/ostpolitik.php>)

Einigermaßen unstrittig war in unserer Diskussion, dass die Einordnung Osteuropas in die „Europäischen Nachbarschaftspolitik“¹⁸ (ENP) gemeinsam mit Nordafrika – wie *Markus Löning* und *Ole Diehl* schreiben – „sprachlich diskriminierend und politisch verfehlt (war)“. Denn diese Staaten sind nicht bloß „Nachbarn“, sondern geographisch, kulturell und historisch unmittelbar Teil Europas. Deren Demokratisierungschancen sind deutlich höher als jene der Mittelmeeranrainer.

Bezüglich dieser Region gibt es ostpolitische Streitpunkte über die Ziele und Mittel der EU-Politik. Welche Rolle soll die Demokratisierung spielen, welche Art von Stabilität wird avisiert? *Katrin Böttger* geht davon aus, dass eine „Stabilisierung dieser Länder langfristig nur durch eine Demokratisierung zu erreichen ist, sollte die deutsche Außenpolitik solche Initiativen und Entwicklungen unterstützen, die, wie in der Ukraine Ende 2004 geschehen, eine Abkehr von autoritären Regimen zum Ziel haben“. Sie plädiert dafür, eine solche Politik „am besten zusammen mit den anderen EU-Mitgliedstaaten erfolgen kann. Trotz immer wieder vorkommender Koordinierungsprobleme der EU-Mitgliedstaaten ist hierfür eine gemeinsame Ostpolitik unerlässlich, welche künftig von Deutschland federführend mitgetragen werden sollte.“ *Heinz Timmermann* möchte vor allem einen Integrationskonflikt zwischen der EU und Russland in diesem Raum vermeiden. Möglicherweise werde die Realisierung der vier *Gemeinsamen Räume* das Problem entschärfen, indem die Länder der „Zwischenzone“ in diese einbezogen werden und gleichsam eine Brücke zwischen EU und Russland bilden. Deutschland habe dabei „als einflussreiches EU-Mitglied sowie als in der Region respektierter und bisweilen sogar privilegierter Akteur“ alle Chancen, „entsprechend eigener Interessen und allgemeingültiger Werte zur Stabilisierung und Neugestaltung des europäischen Ostens beizutragen“.

Eine Überarbeitung der EU-Nachbarschaftspolitik steht für 2007 an. Ob man es will oder nicht, steht bei einer auch für die Anrainerstaaten attraktiven Nachbarschaftspolitik die Frage nach der EU-Mitgliedschaft. Hier befinden wir uns augenblicklich in einem Dilemma. Die bisherige ostpolitische Wunderwaffe „EU-Mitgliedschaft“ ist so nicht mehr einsetzbar. Der Wider-

¹⁸ In einem Strategiepapier zur *Europäischen Nachbarschaftspolitik* hatte die Europäische Kommission am 12. Mai 2004 Prinzipien, geographische Reichweite und Methoden einer gesamteuropäischen Strategie definiert. Als Adressaten der europäischen Nachbarschaftspolitik wurden die Ukraine, Moldova sowie die Mittelmeeranrainer genannt. Weiterhin empfahl die EU-Kommission, künftig auch den südlichen Kaukasus, also Armenien, Aserbaidschan und Georgien, in die Nachbarschaftspolitik zu integrieren. Belarus wurde, solange das autoritäre Regime von Präsident Lukaschenka gegen demokratische Minimalstandards verstößt, nur eingeschränkt und mit großen Vorbehalten berücksichtigt.

stand gegen die Aufnahme immer mehr neuer Mitglieder war ein wichtiger Grund der Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden. Ganz gleich, wie die Auseinandersetzung um die Zukunft dieses Vertrages schließlich ausgeht, die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU wird in Zukunft deutlich schwieriger sein als bislang. Andererseits fordern z.B. die Ukraine und Moldova eine Beitrittsperspektive, um so ihre demokratische, nach Westen orientierte Entwicklung zu festigen. Um diesen Konflikt aufzulösen, schlägt *Angelica Schwall-Düren* vor, „die unglückselige Polarität zwischen Alles oder Nichts, zwischen Beitrittsperspektive oder Zurückstoßen potentieller neuer Mitglieder“ zu überwinden.

Ostpolitik – Klammer zwischen Berlin und Warschau?

In meinen einführenden Thesen habe ich mich stark dafür eingesetzt, die Ostpolitik zu einer Klammer zwischen Berlin und Warschau zu entwickeln, da hier viele gemeinsame Interessen vorliegen. Auch *Kai-Olaf Lang* sprach noch 2005 von der Idee eines „deutsch-polnischen Schwungrad(es)“ zur Dynamisierung der ENP und der Kooperationsbeziehungen mit Russland in der EU.¹⁹ Von einer Klammer oder einem Schwungrad sind wir aber im Augenblick weiter denn je entfernt.

Die neue politische Führung in Warschau unter den beiden Brüdern Kaczyński (als Präsident bzw. als Ministerpräsident) befindet sich – wie es *Kai-Olaf Lang* ausgedrückt hat – auf „europapolitische(r) Irrfahrt, gespickt mit deutschlandkritischer Rhetorik“.²⁰ Eine sich in „harter Außenpolitik“ und „Unbeugsamkeit bei der Durchsetzung nationaler Interessen“ erschöpfende Blockadepolitik isoliert das Land zunehmend in der EU, verringert dessen Einfluss und führt zu wachsender Selbstmarginalisierung. Besonders verheerend wirken sich zunehmende Zweifel aus, ob das Demokratieverständnis einiger gegenwärtiger Warschauer Führer überhaupt noch Europakompatibel ist.

Davon bleibt auch das Verhältnis Deutschlands zu Polen nicht unberührt. Natürlich besteht die von *Klaus Bachmann* konstatierte Interessenkongruenz unserer beiden Länder in ostpolitischen Fragen fort. Berlin hat auch weiterhin ein erhebliches Interesse daran, unser östliches Nachbarland bei Schlüsselfragen der europäischen Politik einzubinden. Aber einiger-

¹⁹ Kai-Olaf Lang: Polen und der Osten. Polens Beziehungen zu Russland, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer „Ostpolitik“, SWP-Aktuell 2005/22, Mai 2005, S. 7; http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1287

²⁰ Kai-Olaf Lang: Doppelspitze in Warschau. SWP-Aktuell 2006/37, August 2006; http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1773

maßen geschockt von der Wucht der gegen Deutschland gerichteten Rhetorik ist Berlin im Augenblick offenbar ziemlich ratlos, was die weitere Entwicklung der Kooperation mit Polen betrifft.

So bleibt es der Zivilgesellschaft – in diesem Falle der geschätzten Kopernikusgruppe – überlassen, die „unverantwortliche Eskalation“²¹ anzuprangern, die dringend aufgehalten werden muss, um die bilateralen Beziehungen nicht dauerhaft zu beschädigen. Im politischen Leben in Polen sei ein Klima geschaffen worden, in dem viele Politiker nicht mehr bereit sind, „auch komplizierte Fragen des deutsch-polnischen Verhältnisses ernsthaft (zu) diskutieren“.²² Eine Dialogverweigerung greift um sich. Das zivilgesellschaftliche Netzwerk zwischen unseren beiden Völkern ist – wie die Kopernikusgruppe hervorhebt – sicher heute so umfangreich wie noch nie in der Geschichte. Aber es sollte nicht unterschätzt werden, welchem innenpolitischen Druck heute polnische Publizisten, Wissenschaftler und Verbandsvertreter ausgesetzt sind, die sich für engere Zusammenarbeit mit Deutschland aussprechen. Das wird nicht ohne Wirkung bleiben.

Wie soll unter diesen Bedingungen eine gemeinsame Ostpolitik vorangetrieben werden? Momentan scheint dies nicht möglich. Erst die Rückkehr zu einer sachorientierten Kooperation zwischen Warschau und Berlin wird es ermöglichen, dieses Thema wieder positiv aufzugreifen. Vielleicht muss man den skeptischen Blick von *Zbigniew Mazur* teilen, der davon ausgeht, dass dabei die ostpolitische Klammer ohnehin „eher eine europäische als eine bilaterale“ sei.

Ausblick

Unsere Debatte hat deutlich gemacht, dass in Deutschland weiterhin zwei differenzierte Wahrnehmungen des europäischen Ostens bestehen und darauf aufbauend unterschiedliche Leitbilder seiner Politik gegenüber diesem Raum verfolgt werden. Unstrittig ist lediglich die (verbale) Einordnung dieser Politik in eine europäische Ostpolitik.

Ein Ansatz ist eine stark auf Russland zentrierte Ostpolitik im Gewand einer stabilitätsorientierten „Kreml-Politik“. Die strategische Verbindung Deutschlands mit Russland soll weiter gestärkt werden. Dieser Ansatz setzt auf Ökonomisierung der Kooperation mit Russland, u.a. weil nur so die künftige Energieversorgung sichergestellt werden könne. Vor allem große deutsche Wirtschafts- und Finanzunternehmen mit starken Interessen im

²¹ Deutsch-polnischer Appell an gemeinsames Verantwortungsgefühl und Vernunft. Aktuelle Stellungnahme der Kopernikus-Gruppe vom 28.7.2006. Siehe http://www.deutsches-polen-institut.de/Service/Presse-Oeffentlichkeitsarbeit/Pressemitteilungen/index.php?we_objectID=2503&pid=759

²² Ebenda.

russischen Raum unternehmen vielfältige Anstrengungen, um diese Sichtweise als gleichsam „natürlich“ erscheinen zu lassen. Der autoritäre Charakter des russländischen Staatswesens ist für die Vertreter dieser Strategie nicht bewiesen oder zu vernachlässigen. Wie bei diesen Vorgaben der Wertebezug der Ostpolitik erhalten bleiben soll und die Interessen der neuen mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten berücksichtigt werden sollen – beides wird verbal eingeräumt –, bleibt das Geheimnis der Vertreter einer solchen Politik. Offenbar wird die Einbindung der neuen EU-Mitgliedsstaaten eher als Kommunikationsproblem gesehen. Diese hätten nur noch nicht erkannt, dass deutsche Ostpolitik ja *a priori* europäische Interessen vertritt.

Der andere Ansatz könnte „mitteleuropäisch ausgerichtete Ostpolitik“ genannt werden. Hier hat die Kooperation mit den neuen EU-Ländern und deren Stimme deutlich mehr Gewicht. Hier ist kein Platz für eine deutsche „Vermittlerrolle“ zwischen Russland und den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Gegenüber Russland und den Staaten der geopolitischen Zwischenzone setzt dieser Ansatz auf die Politisierung der Zusammenarbeit und auf Transformation in den osteuropäischen Staaten. Dessen Vertreter – zu denen ich mich auch zählen möchte – gehen davon aus, dass es unter Präsident Putin keine gemeinsame Wertebasis geben kann. Sie raten zu größerer Vorsicht bei der strategischen Liaison mit Russland und nehmen den autoritären Charakter der Politik Putins ernst. Die Energieabhängigkeit von Russland sollte möglichst rasch reduziert werden. Für die Zukunft der deutschen Energieversorgung gäbe es durchaus alternative Möglichkeiten (z.B. die Erschließung neuer Märkte, Energiesparen, effizientere Energienutzung).

Die praktische Ostpolitik der gegenwärtigen schwarz-roten Bundesregierung scheint – entgegen dem anfänglichen Eindruck unmittelbar nach der Bundestagswahl – stärker der ersten Richtung zuzuneigen. Die Zukunft wird zeigen, ob dies anhalten wird.

Die osteuropäische Welt hat sich in den letzten 17 Jahren dramatisch verändert. Und mit ihr die in Europa eingebettete deutsche Ostpolitik. Ihr bisheriges Erfolgsrezept hieß „Wandel durch Europäisierung“. Damit schließt sich der Kreis zur Ostpolitik des 20. Jahrhunderts, die unter einem ähnlichen Slogan vor 35 Jahren begann. Möge die neue Ostpolitik ähnlich erfolgreich sein.

Dr. habil. Jochen Franzke, geb. 1954, Politikwissenschaftler,
Hochschuldozent an der Universität Potsdam.
E-Mail: franzke@uni-potsdam.de

